SCHRIFTENREIHE DER SPD. BILDUNGSSTELLE KASSEL

DER DEMOKRATISCHE SOZIALISMUS

EINE GEGENWARTSBETRACHTUNG

Rede, gehalten vor 2000 Delegierten
der SPD. Bezirk Kassel von

RUDOLF FREIDHOF

HEFT NR. 1

Erste Auflage 10000

3813

9 4578 FES 16.11.70

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die jetzige Generation, trotz der Trümmer unserer Städte und der Sorge um das tägliche Brot, doch eine der interessantesten Epochen der menschlichen Geschichte durchlebt. Keine Generation vor uns hat zusammengedrängt in einem so kurzen Zeitraum so Großes und Gewaltiges, aber auch so Schweres und Grauenhaftes erlebt. Wir erlebten noch die Anfänge der Technik vom Fahrrad über das Auto bis zum Tigerpanzer. Wir sahen die Anfänge des Films, hören heute über Erdteile im Rundfunk die neuesten Meldungen und vernahmen mit Schrecken die Wirkung der Atombombe. Wären alle diese Leistungen der Technik und Wissenschaft in den Dienst der Menschheit und deren Wohlergehen gestellt worden, könnte heute die Welt ein Paradies sein. Aber es ist das tragische Verhängnis, daß alle diese Erfindungen letzten Endes der Vernichtung und Zerstörung dienstbar gemacht wurden, deren Auswirkung wir in zwei Weltkriegen erlebten. Nicht nur die Besiegten, sondern auch die Siegerstaaten sind heute die Opfer dieser Entwicklung.

Vergessen wir nicht: Zwei Weltkriege innerhalb eines Menschenalters haben die soziale Struktur aller europäischen Länder erheblich geändert. Fest steht jedenfalls, daß sich Europa besonders nach dem zweiten Weltkrieg politisch und wirtschaftlich grundlegend geändert und damit auch das Gesicht der einzelnen Staaten bedeutend verändert hat. Es darf ohne Uebertreibung gesagt werden, daß diesen zweiten Weltkrieg ganz Europa verloren hat. Es sind nicht nur die besiegten Staaten, die unter der Folge einer jahrelangen, sinnlosen Zerstörung ihrer Wirtschaft und Finanzen leiden, sondern es sind auch die Siegermächte, die vor fast unlösbare Probleme gestellt sind. Und es ist das Verhängnis, daß die Siegermächte keine einheitliche Politik gegenüber Deutschland haben und wir unter diesen Meinungsverschiedenheiten leiden müssen. Dazu kommt, daß der deutsche Name, der einst in der ganzen Welt geachtet und geehrt war, heute in fast allen Ländern der Erde in sehr schlechtem Ruf steht.

Wenn wir Sozialdemokraten in dem Ausbruch des ersten Weltkrieges die Gegensätze und Rivalitäten kapitalistischer Staaten erblicken und die Alleinschuld Deutschlands an dem Ausbruch dieses Krieges bestritten haben, so steht eindeutig und klar fest, daß der zweite Weltkrieg von Hitler und seinen Generälen absichtlich und bewußt begonnen wurde mit dem Ziel der Beherrschung und Unterjochung der übrigen Völker. Am Ausbruch des zweiten Weltkrieges trägt das nationalsozialistische Deutschland die alleinige Schuld. Die Bilanz des Krieges ist eine Bilanz des Grauens.

Nach einem Schweizer Bericht betragen die Menschenverluste

an Gefallenen	14,45	Millionen
Ermordete	5,50	„
Bombardierte	2,86	„
im Kz. Umgebrachte .	11,00	„
Insgesamt:	33,81	Millionen

A 3813

Dazu die ungeheuren Schäden der zerstörten Gebäude in Stadt und Land, dazu das ungeheure Elend der Kriegsversehrten, Obdachlosen und Heimatlosen. Es ist deshalb kein Wunder, daß große Teile der Bevölkerung in allen Ländern das ganze deutsche Volk für diese Verbrechen schuldig sprechen. Gegen diese Auffassung wehren wir uns in der festen Hoffnung, daß auch die Welt einst einsehen wird, daß nicht ganz Deutschland für die Verbrechen der Nazis verantwortlich gemacht werden kann.

Die Sozialdemokratie war die einzige Partei, die bis zum Jahre 1933 die Demokratie verteidigt und den Faschismus auf das entschiedenste bekämpft hat. Sie hat Tausende und aber Tausende ihrer Besten unter der Schreckensherrschaft der Nazis verloren, sie hat aber auch Millionen Anhänger gehabt, die sich dem Terror der Nazis nicht gebeugt haben. Wir, die wir durch die Zuchthäuser und Konzentrationslager gegangen sind, wollen der Welt zeigen, daß es neben dem Nazi-Deutschland noch ein anderes Deutschland gegeben hat. Wir sprechen im Namen dieses anderen Deutschlands und erwarten, daß die Welt uns hört. Wir sprechen im Namen der hunderttausend aufrechten Männer und Frauen, die sich dem Terror des Dritten Reiches nicht gebeugt haben, und wir sprechen im Namen der Zehntausende, die unter der Schreckensherrschaft den Tod gefunden haben und deren Tod uns heiligste Verpflichtung ist.

Ich will hier gleich die Frage aufwerfen: **Ist es wahr, daß durch die Spaltung der Arbeiterklasse Hitler zur Macht gekommen ist? Ich bestreite das und behaupte: Hitler konnte in Deutschland nur zur Macht kommen, weil die Kommunistische Partei, anstatt mit uns gemeinsam den Kampf gegen Hitler zu führen, ihre ganze Kraft einsetzte, die Sozialdemokratie zu bekämpfen und zu schwächen.** Der klarste Beweis für ihre falsche Kampfstellung bildete ihre Haltung in dem vom Stahlhelm und der Harzburger Front durchgeführten Volksentscheid gegen die preußische Regierung des Sozialdemokraten Otto Braun.

Am 10. April 1931 schrieb die Berliner „Rote Fahne", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands: „Kein Werktätiger darf sich verleiten lassen, gemeinsam mit den Mord- und Streikbrecherbanden der Nazis und des Stahlhelms, gemeinsam mit den Börsenfürsten, Junkern und Inflationsgewinnern, für deren Volksbegehren aufzumarschieren."

Und noch am Tage, an dem das Zentralkomitee der deutschen Kommunisten die Krönung seines Arbeiterverrats durch die Teilnahme am Volksentscheid beschloß, schrieb der kommunistische Landtagsabgeordnete Grobis einen flammenden Artikel gegen den Volksentscheid, in dem er als selbstverständliche Parole der Kommunisten die Weisung ausgab: „Keiner beteiligt sich an der Abstimmung, denn auch jede Nein-Stimme zählt für die Volksbetrüger."

Zur gleichen Zeit aber, als diese Worte gedruckt wurden, hatte die kommunistische Zentrale bereits beschlossen, die Kommunisten zur Unterstützung der Volksbetrüger aufzurufen.

Am 23. Juli 1931 verkündete die „Rote Fahne" zum Erstaunen ihrer eigenen Anhänger, daß die Zentrale beschlossen habe, sich an dem Stahlhelm-Volksentscheid gemeinsam mit den Nazis und der Harzburger Front zu beteiligen und begründete ihren Standpunkt in folgendem Satz, der in Sperrdruck in der „Roten Fahne" erschien:

> „Im Namen unserer revolutionären Verantwortlichkeit für die Befreiung des werktätigen Volkes aus den Ketten des Kapitalismus und Faschismus, im Namen der proletarischen Zukunft und des Sozialismus eröffnen wir unsere neue rote Offensive gegen die Sozialdemokratie."

Und diese Parolen des unerbittlichen Bruderkampfes wurden in den Jahren und in einer Zeit durchgeführt, in der die deutsche freie Arbeiterbewegung bereits ihren Todeskampf gegen den Faschismus auszufechten hatte.

Hätte die Kommunistische Partei begriffen, daß man nur durch eine ehrliche und gerade Politik die Menschen für den Sozialismus und für die Verteidigung sozialistischer Ideale und sozialistischer Errungenschaften reif machen kann, dann mußte sie mit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gemeinsam den Kampf führen. Nicht die Spaltung der Arbeiterklasse war es in erster Linie, die Hitler zur Macht brachte, sondern die Verkennung der politischen Klasseninteressen durch die Kommunistische Partei. Ihr Kampf gegen die Republik, gegen die Demokratie und den Parlamentarismus hat jene Situation geschaffen, in der die Sozialdemokratische Partei nur noch allein die Interessen der deutschen Arbeiterschaft wahrnehmen mußte.

Hätte die Kommunistische Partei mit uns den Kampf geführt nach dem Motto: G e t r e n n t m a r s c h i e r e n u n d v e r e i n t s c h l a g e n, wäre Deutschland der Nationalsozialismus und diese Katastrophe vielleicht erspart geblieben.

Wir stehen vor der größten geschichtlichen Aufgabe, die jemals einer Generation gestellt war. Physisch und seelisch ist das deutsche Volk krank. Wir müssen nicht nur die Trümmerhaufen unserer Städte wegräumen, sondern auch das geistige Trümmerfeld beseitigen, das vom Dritten Reich hinterlassen wurde.

Das Dritte Reich ist zusammengebrochen und seine Führer sind entweder tot oder sitzen auf der Anklagebank. Das deutsche Volk aber befindet sich in großer Not. Es will leben, und ein Volk von 70 Millionen kann nicht untergehen. Mag es zur Zeit noch so schwer und hart sein, wir müssen Optimisten sein. Wenn aber Deutschland leben soll, so ist die Voraussetzung dafür seine wirtschaftliche Einheit und die Schaffung einer einheitlichen Zentralverwaltung. Frankreich will erst dann eine deutsche Zentralverwaltung errichten lassen, wenn das Rheinland und das Ruhrgebiet von Deutschland abgetrennt sind.

Wir erklären laut und feierlich:

> Die Sozialdemokratie läßt an der Einheit Deutschlands nicht rütteln, denn ohne die Produktion des Ruhrgebietes kann Deutschland nicht leben.

Wenn wir heute als Sozialdemokraten für **die nationale Einheit** Deutschlands und für den geistigen und ökonomischen Aufstieg mit aller Kraft und mit allen Fasern unseres Herzens eintreten, so doch nur deshalb, weil wir wissen und der festen Ueberzeugung sind, daß es der deutschen Arbeiterklasse nur gut gehen kann, wenn es dem ganzen deutschen Volke gut geht.

Das Unglück aber, in dem sich Deutschland gegenwärtig befindet, besteht darin, daß Deutschland in vier Zonen aufgeteilt ist, daß Deutschland wirtschaftlich und politisch vollständig auseinandergerissen ist und die Besatzungsmächte keine einheitliche Politik gegenüber Deutschland haben.

Mit Recht hat unser Parteivorsitzender Dr. Kurt Schumacher in Iserlohn vor 9000 Zuhörern erklärt:

> **„Nur ein wirtschaftlich und politisch geeintes Deutschland kann seinen Beitrag zum Wiederaufbau Europas leisten. Die Abtrennung des Ruhrgebietes würde dieses Ziel unmöglich machen und die Sozialdemokratie besteht darauf, gleichgültig, welche Maßnahmen zur Kontrolle beschlossen werden, das Ruhrgebiet muß deutsch bleiben."**

Mit derselben Entschlossenheit bekämpfen wir jede separatistische Bewegung und bezeichnen sie als Landesverrat übelster Art. Hätte Deutschland den Krieg gewonnen, dann wären diese Separatisten heute Nationalsozialisten der übelsten Erscheinung. Die Sozialdemokratie ist hier der erste Anwalt des ganzen deutschen Volkes und ist nicht bereit, wenn es um die Einheit Deutschlands geht, auch nur einen Schritt vom Wege abzuweichen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleich einen Blick nach Bayern richten. Bayern ist sicher ein berühmtes Land. Von ihm kam einst nicht nur ein gutes Bier, von Bayern kam auch einst der „große Führer Adolf Hitler." Und wieder macht Bayern viel von sich reden. Haben die Bayern keinen Führer, so wollen sie wenigstens einen König haben. Sie gründeten deshalb mit Zustimmung der amerikanischen Militärregierung die Bayerische Königspartei.

Damit aber kein Irrtum entsteht, stellen wir folgendes fest: Ueber die deutsche Staatsform ist im Jahre 1918 die Entscheidung klar und eindeutig vom ganzen deutschen Volk gefallen. (Stürmischer Beifall.)

Deutschland ist und bleibt eine Republik. (Sehr richtig.)

Monarchen haben für uns Sozialdemokraten höchstens noch Museumswert

Das deutsche Volk hat andere Sorgen als sich seiner alten Potentaten zu erinnern. Die Monarchie in Deutschland muß endgültig der Vergangenheit angehören. Wir haben kein Verlangen nach Hohenzollern und auch nicht nach Wittelsbachern. (Sehr richtig.)

Die größte Sorge Deutschlands ist gegenwärtig das Ernährungs- und Flüchtlingsproblem. Ich will beide kurz streifen. Der Strom der Flüchtlinge, der nach Deutschland kommt, wird für uns eine ungeheure soziale Belastung darstellen. Was aber an Flüchtlingen hereinströmt, sind meistenteils Kinder und Frauen, Kranke und Greise. Sie sind für uns ein soziales Problem von höchster Bedeutung.

Die Vertreibung von Millionen Menschen aus ihrer Heimat und von Haus und Hof ist ungerecht und läßt sich durch nichts rechtfertigen. Die Art und Weise der Ausweisung aber ist unmenschlich und kann nicht damit begründet werden, daß auch unter der Naziherrschaft Millionen Menschen von ihrer Scholle vertrieben wurden. Ein Unrecht wird nicht dadurch besser, daß es heute von anderen begangen wird.

Wenn wir heute weniger zu essen haben als während des Krieges, und wenn es in Deutschland jetzt Leute gibt, die der Meinung sind, daß es uns unter dem Nationalsozialismus besser ging, dann dürfen wir nicht vergessen und müssen es in aller Oeffentlichkeit sagen: „Deutschland hat bestimmt während des Krieges besser gegessen als die Länder, die wir während des Krieges besetzt hatten (Beifall) und zwar deshalb, weil wir diese Länder während des Krieges ausgeplündert haben. Weil wir das aber jetzt nicht mehr können und mit dem auskommen müssen was wir erzeugen — deshalb besteht die schwierige Ernährungslage für unser Volk und ganz besonders für die Städte." (Sehr richtig!)

Wir dürfen heute dankbar dafür sein, daß die Besatzungsmächte uns so viel Nahrungsmittel geben wollen, daß wir am Leben bleiben. Wir wissen, daß Deutschland 25% seiner Anbaufläche verloren hat, Rußland hat Polen so weit nach Westen gedrückt, daß das ertragreichste Ueberschußgebiet Deutschlands uns verlorengegangen ist. Ich frage bei dieser Gelegenheit: War es notwendig, daß Rußland dem polnischen Staat im Osten Gebiete weggenommen hat, um ihn auf Kosten des deutschen Volkes im Westen zu entschädigen? Hätte Rußland kein Land, um seine Bevölkerung zu ernähren, dann wäre das noch zu entschuldigen. Rußland hat aber so viel Grund und Boden, der für Millionen Menschen Ernährung bietet, und es bestand keine Veranlassung, 70 Millionen Deutsche so zu behandeln.

So wie wir mit Leidenschaft für die Einheit des Deutschen Reiches eintreten, so treten wir mit Leidenschaft für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft ein.

Punkt 14 der Potsdamer Beschlüsse besagt:

> „Während der Besatzungszeit ist Deutschland als einheitliches, wirtschaftliches Ganzes zu betrachten."

Ich erkläre hierzu: Ohne die Einheit Deutschlands in politischer, finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht besteht keine Möglichkeit, das deutsche Volk wieder in die Lage zu versetzen, seine Verhältnisse selbst zu meistern. Betrachten wir doch einmal den

Stand unserer Wirtschaft.

Deutschland hat durch die Luftangriffe rund 30% seiner Maschinen und industriellen Einrichtungen verloren. Weitere 10% sind durch Kriegshandlungen im Innern des Landes zerstört worden. Auf Grund der Kapitulationsbedingungen ist Deutschland verpflichtet, aus den westlichen

Besatzungszonen 25% der noch intakt gebliebenen Maschinen als Reparationsleistungen abzugeben. In der östlichen Zone erfolgt die Ablieferung in unbegrenzter Höhe. Außerdem werden ganze Fabriken abmontiert und die Maschinen weggeschafft. Es werden ja nicht nur die Maschinen abtransportiert, sondern damit auch die Arbeitsplätze unserer Arbeiter.

Wir haben als Sozialisten nichts dagegen, wenn die deutsche Kriegsindustrie zerstört wird. Wir haben nur den einen Wunsch, daß die Kriegsindustrie in der ganzen Welt zerstört wird oder für den friedlichen Aufbau im Interesse der Menschheit Verwendung findet. (Beifall.)

Deutschland hat schon vor dem Kriege seine Bevölkerung nicht aus der eigenen landwirtschaftlichen Produktion ernähren können. Es wird in Zukunft nach dem Verlust großer landwirtschaftlicher Ueberschußgebiete im Osten und nach dem Hereinströmen von Millionen Flüchtlingen dazu erst recht nicht in der Lage sein. Deutschland muß deshalb Industrieprodukte ausführen, um Lebensmittel kaufen zu können. Das ist aber nur möglich, wenn Deutschland eine Industrie belassen wird, um seine Arbeiter zu beschäftigen und Industrieprodukte zu exportieren, um dadurch Rohstoffe und lebensnotwendige Güter einführen zu können.

Vor einiger Zeit erhielt die deutsche Oeffentlichkeit die Mitteilung darüber, was an Friedensindustrie dem deutschen Volk belassen wird. Es ist aber weniger entscheidend, was es produzieren darf, als vielmehr die Tatsache, was es nicht produzieren darf. Dieses Verbot der Herstellung bestimmter Industrieprodukte und die Demontage ganzer Betriebe wird eine vollständige Veränderung unserer wirtschaftlichen Struktur zur Folge haben. Würde dazu noch das Ruhrgebiet, das Herz der deutschen Wirtschaft, der deutschen Verwaltung entzogen, dann wäre es unmöglich, neben der Befriedigung deutscher Bedürfnisse noch Reparationen leisten zu können. Daß diese Gefahr außerordentlich groß ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß die französische Regierung durch ihren Vertreter im Kontrollrat, den General Koenig, erklären ließ:

> „Wenn das Ruhrgebiet in Zukunft nicht einer internationalen Kontrolle unterstellt wird, wird Frankreich die Zerstörung des gesamten Wirtschaftspotentials mit Ausnahme dessen fordern, was für die lebensnotwendigsten Bedürfnisse Deutschlands und zur Sicherung einer bestimmten Ausfuhr, die für den Wiederaufbau Deutschlands notwendig ist, gebraucht wird."

Wir wissen, daß Frankreich in den letzten 25 Jahren zweimal von Deutschland überfallen wurde und mit Recht Sicherungen für die Zukunft verlangt. Besser aber als alle territorialen Sicherungen ist die Errichtung einer friedlichen, demokratischen Regierung in Deutschland und eine Politik gegenseitiger Verständigung. Das würde sicher beiden Ländern zum höchsten Vorteil gereichen.

Wir wissen auch, daß von England und Amerika Stimmen zu uns dringen, die mehr Verständnis für das haben, was das deutsche Volk notwendig braucht, um leben zu können. Der englische Außenminister Bevin hat vor einiger Zeit im englischen Unterhaus erklärt:

> „Er wünsche nicht die Zerstörung der Friedensindustrie Deutschlands, aber er müsse eine vernünftige Politik der Sicherheit vertreten. Nicht so sehr territoriale Veränderungen als internationale Kontrolle sei notwendig. Wenn die Nationen sich ohne Furcht näherten, würde dies am ersten zum Wiederaufbau Europas beitragen."

Das amerikanische Außenministerium hat am 11. Dezember 1945 eine 12 Punkte umfassende Erklärung veröffentlicht und in Punkt 7 gesagt:

> „Die Vereinigten Staaten beabsichtigen nicht, die deutsche Friedensindustrie, die so ausgiebig zum Weltmarkt beigesteuert hat, auszuschalten oder zu schwächen, nur um den amerikanischen Markt vor deutschen Erzeugnissen zu schützen, amerikanische Exporte zu fördern oder aus irgendeinem anderen egoistischen Grunde. In gleicher Weise sind die Vereinigten Staaten gegen den Versuch eines anderen Landes, den industriellen Entwaffnungsplan der Potsdamer Erklärung auf Kosten der deutschen Friedenswirtschaft für seine eigenen wirtschaftlichen Interessen zu mißbrauchen und eine Wirtschaftsautarkie auf Kosten des allgemeinen Welthandels einzuführen."

Wir wollen hoffen, daß diese Stimmen bei den Friedensverhandlungen — von denen wir wünschen, daß sie bald in Gang kommen — sich durchsetzen werden.

So wie es in der deutschen Wirtschaft aussieht, sieht es auch auf dem Gebiet der Finanzen aus. Ich möchte das kurz und schlagwortartig darstellen.

Wir haben 600 bis 800 Milliarden RM Schulden

Also jeder Deutsche hat 10 000 RM Schulden. Dazu kommen die Besatzungskosten und Reparationen. Die Sparkassen, die Krankenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherung, sowie die Lebensversicherungen sind fast alle restlos ihrer Finanzmittel beraubt. Es ist bekannt, daß Hitler im Jahre 1933, um die Wiederaufrüstung Deutschlands durchführen zu können, die gesamten Einnahmen dieser Einrichtungen restlos für die Rüstung und danach für den Krieg und die Kriegsindustrie verwendet hat. Auf diese Weise hat allein die Hessische Landesversicherungsanstalt rund 120 Millionen RM und die deutsche Sozialversicherung rund 20 Milliarden RM eingebüßt. Vergessen wir nicht, daß auch die Fundamente der Sozialversicherung zerstört wurden. Vor 1933 mußten die Versicherungsanstalten auf Grund des Reichsversicherungsgesetzes den größten Teil ihrer Einnahmen in Hypotheken anlegen. Wo sind heute diese Hypotheken? Sie liegen unter dem Trümmerhaufen der Städte, sodaß zu den finanziellen Einbußen auch die frühere sehr gut fundierte Grundlage der Sozialversicherung durch die Zerstörung der Häuser vernichtet wurde. Man hat den Vorschlag gemacht, zur Sanierung der Invalidenversicherung die Altersgrenze von 65 auf 70 Jahre zu erhöhen. Wir Sozialdemokraten haben diesen Vorschlag abgelehnt, denn wir sind der Meinung, daß nach den Folgen dieses Krieges der größte Teil der Menschen das Alter von 70 Jahren garnicht erreichen wird und daher auch nicht in den Genuß der Renten kommt. Andererseits sind wir der Ueberzeugung, daß jetzt unser alter Plan der vollständigen Neugestaltung der Sozialversicherung durchgeführt werden muß, die Zusammenlegung der

Angestellten- und Invalidenversicherung zur einheitlichen Sozialversicherung. (Sehr richtig. Beifall.) Das ist die Voraussetzung für den Wiederaufbau der Versicherungen. Wir sind der Meinung, daß auf allen Gebieten der Wirtschaft und der sozialen Gesetzgebung ein einheitliches Deutschland entstehen muß. Man hat aber oft das Gefühl, daß es in Deutschland noch viele Menschen gibt, die noch nicht begriffen, daß wir den Krieg verloren haben. Es ist der Irrtum von vielen, die glauben, wenn sie auf ihre Brieftasche klopfen und die vielen Papiermarkscheine sehen, sie gehörten zu den reichen Leuten. Hier möchte ich an das Sprichwort erinnern: „Der Schein trügt." (Heiterkeit.)

Es ist die Frage aufgeworfen:

Wer soll die Kosten des Krieges bezahlen?

In erster Linie doch die Schuldigen. (Zwischenrufe: Nazisten.) In zweiter Linie alle diejenigen, die noch alles behalten haben. Sie müssen stärker herangezogen werden als die zwei- oder viermal Ausgebombten. Wer noch alles behalten hat, muß mit dazu beitragen, daß denjenigen geholfen wird, die alles im Krieg verloren haben. Und zuletzt muß das ganze deutsche Volk und die kommenden Generationen den Wiederaufbau bezahlen. Es wird niemand ausgenommen werden, zu den Lasten des Krieges beizutragen. Unsere Aufgabe ist es aber, die Lasten des Krieges so zu verteilen, daß in erster Linie diejenigen herangezogen werden, die schuld sind an diesem Elend, und diejenigen, die am Kriege verdient haben.

In diesem Krieg sind nicht nur in Deutschland, sondern fast in allen Ländern Europas nur noch zwei Weltanschauungen lebendig geblieben:

Die Religion und der Sozialismus.

Vom Kapitalismus und Feudalismus spricht heute niemand mehr. Ich muß aber, wenn ich bei der Religion beginnen will, gegen den Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken ein ernstes Wort sagen.

Ich habe ein Flugblatt von der Christlich-Demokratischen Union erhalten, das mit folgendem Satz beginnt:

> „Wir sind der Meinung, daß das Christentum nicht nur ins stille Kämmerlein und zum Sonntag vormittag gehört, sondern die einzige wirklich tragfähige Grundlage auch für das tägliche praktische Dasein, also auch für die Politik darstellt."

Wenn sich heute eine Partei in Deutschland christlich nennt, und damit zum Ausdruck bringt, daß nur sie christlich und die anderen Parteien unchristlich sind, so ist das unehrlich und im höchsten Maße verwerflich. Diese Partei wird erst den Beweis dafür erbringen müssen, daß nicht nur ihr Name, sondern vor allen Dingen ihr Handeln „christlich" ist. — Was soll es denn bedeuten, wenn es in einem anderen Flugblatt der CDU heißt:

> „Ihr Bauern, wollt Ihr, daß Eure Höfe, Eure Aecker und Euer Vieh Euch als Eigentum verbleiben?"

Man merkt die Absicht und wir wissen, daß dieser Satz sich gegen uns richtet. Wir haben niemals den Standpunkt vertreten, daß dem

Bauer sein Vieh, seine Aecker, sein Hof weggenommen werden soll. Wir vertreten nur den Standpunkt, daß der Grundbesitz einer vernünftigen Bodenreform unterzogen werden muß, sonst nichts.

Auf der anderen Seite steht als große Weltanschauung der Sozialismus. In allen Ländern Europas ist der Sozialismus im Vormarsch begriffen. Wenn wir die Wahlen der einzelnen Länder betrachten, können wir feststellen, daß ein erheblicher Ruck nach links stattgefunden hat.

Der Sozialismus muß und wird Inhalt unseres Lebens sein. Die Sozialdemokratische Partei muß und wird die Partei der Jugend und der kommenden Generation sein. Wir müssen der Jugend einst sagen können, daß es die Sozialdemokratie war, die in der schwersten Katastrophe, die Deutschland je betroffen hat, die Ehre, die Würde und die Existenz des deutschen Volkes gewahrt hat. Unsere Politik ist zu gleicher Zeit und mit gleicher Berechtigung national und international. Wir sind national, aber keine Nationalisten.

Unsere geistige Arbeit ist die Idee des internationalen Sozialismus und unser Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa.

Die Sozialdemokratische Partei ist die Partei des Friedens. Sie will mit allen Völkern in Frieden leben und wünscht deshalb die friedliche Lösung aller schwebenden Probleme in der ganzen Welt.

Wenn heute Spannungen zwischen England und Amerika einerseits und Rußland andererseits über Persien, Griechenland oder die Mongolei bestehen, so möchte ich hierzu sagen:

Ich glaube nicht an einen Krieg.

Ein neuer Krieg wäre das Ende jeder Kultur und der Untergang Deutschlands. Alle diejenigen, die darauf spekulieren, daß die Uneinigkeit der Alliierten uns Nutzen bringen könne, würden enttäuscht sein, wenn ein neuer Krieg über Europa ging. Wir haben ein Interesse daran, daß unter keinen Umständen diese Differenzen zu kriegerischen Ereignissen führen. Ich möchte aber — um nicht mißverstanden zu werden — daran erinnern, daß wir auch heute noch zu den Beschlüssen des Brüsseler Kongresses der zweiten Internationale stehen. Die Brüsseler Konferenz hat im August 1928 in einem feierlichen Manifest an die Arbeiter aller Länder gesagt:

> „Wir in der Sozialistischen Arbeiterinternationale vereinigten Parteien sind nach wie vor entschlossen, die Sowjetrepublik gegen die Feindseligkeit kapitalistischer Regierungen und gegen jeden konterrevolutionären Angriff zu verteidigen und von allen Staaten zu fordern, daß sie friedliche und normale Beziehungen zu ihr unterhalten."

Wir freuen uns, daß vor einiger Zeit von der englischen Arbeiterpartei — der englischen Regierungspartei — eine Botschaft an die deutsche Sozialdemokratische Partei übermittelt worden ist. Wir freuen uns deshalb, weil sie das erste Zeichen für die Anbahnung internationaler

Beziehungen zwischen den Sozialisten überhaupt darstellt. Die englische Arbeiterpartei schreibt uns:

„Die britische Arbeiterpartei betrachtet mit Interesse und Befriedigung die Bemühungen der SPD um den Aufbau eines fortschrittlichen und demokratischen Deutschlands aus den Trümmern eines Naziwahnsinns. Sie betrachtet die Existenz einer starken demokratisch sozialistischen Partei in Deutschland als lebenswichtig für den Frieden in Europa. Nur die Existenz einer solchen Partei wird den deutschen Arbeitern ermöglichen, einen Teil beizutragen zum Aufbau eines freien und gerechten Lebens in der ganzen Welt."

Parteigenossen! Damit komme ich zu dem Problem, zu dem wir heute Stellung nehmen müssen, nämlich:

Ist die deutsche Sozialdemokratie bereit, sich mit der Kommunistischen Partei zu verschmelzen?

Ich habe das Schreiben des Zentralausschusses der SPD in Berlin vorliegen. In einer Entschließung, die am 21. Dezember 1945 gefaßt wurde und die durch Rundfunk und Presse in entstellter Weise den westlichen Zonen durch den Berliner Sender übermittelt wurde, ist nicht verlangt worden, gemeinsame Listen mit der KPD bei den Gemeindewahlen aufzustellen. Wir haben einen Tag vorher, am 20. Dezember, im Gildehaus in Kassel in einer Konferenz einstimmig beschlossen, bei den Gemeindewahlen mit eigenen Listen und unseren eigenen Namen und mit einem eigenen Programm in den Wahlkampf zu gehen. Ich glaube, es braucht niemand zu bereuen, daß wir das getan haben. Ich bin sogar der Ueberzeugung, wenn wir gemeinsame Listen aufgestellt hätten, wäre das Wahlergebnis nicht so günstig ausgefallen. (Sehr richtig!)

Wir haben bei den Gemeindewahlen in unserem Regierungsbezirk als Sozialdemokraten rund 161 000 Stimmen aufgebracht. Die KPD nur 9000 Stimmen. (Hört, hört.) Diese 9000 Stimmen bestimmen nun, und die 161 000 Stimmen sollen sich fügen und die Vereinigung vornehmen. (Heiterkeit.) Ich muß den Werdegang chronologisch zur Kenntnis bringen.

Am 15. Januar 1946 hat der Zentralausschuß in Berlin, nachdem wir am 14. Januar in einer Konferenz für die amerikanische Zone in Frankfurt nach dem Referat des Genossen Schumacher die Vereinigung abgelehnt haben, nochmals Stellung genommen und folgendes mitgeteilt:

1. Keine organisatorische Vereinigung beider Arbeiterparteien im Bereich von Bezirken, Provinzen, Ländern oder einer Besatzungszone.
2. Die Herstellung der organisatorischen Einheit kann nur durch den Beschluß eines Reichsparteitages erfolgen.
3. Der Zentralausschuß ersucht alle Landes- und Bezirksvorstände, an keinerlei Beschlüssen mitzuwirken, die den vorstehenden Feststellungen widersprechen oder auch Zweifel daran zulassen.

Genosse Fechner im Zentralausschuß der SPD hat in einer Rede im Februar 1946 über die „Einheit der Schaffenden" Ausführungen gemacht, die man uns im Auszug zugeschickt hat. Er hat folgendes erklärt:

„Für eine endgültige organisatorische Vereinheitlichung sind aber noch zahlreiche andere Voraussetzungen erforderlich. Die in Aussicht genommene Einheitspartei soll auf einer wahrhaften, auch innerparteilichen Demokratie beruhen. Ein Einheitsbeschluß kann daher nur für die Gesamtpartei im deutschen Raum gefaßt werden. Es wird auch nicht von oben her dekretiert, wie dies so häufig gesagt wird. Ein solcher Beschluß kann nur nach Bestätigung durch den Parteitag der gesamten deutschen Sozialdemokratie verwirklicht werden, nötigenfalls sogar durch eine Urabstimmung bei der Mitgliedschaft. Wir sind dies den vielen Männern und Frauen schuldig, die der SPD während der zwölfjährigen Macht des Nationalsozialismus die Treue gehalten haben."

Und in einer Entschließung, die der Parteiausschuß am 25. 1. 1946 in Berlin gefaßt hat, heißt es:

„Die Herstellung der organisatorischen Vereinigung kann daher keine Frage eines bestimmten Termins sein."

Parteigenossen! Die Frage der Einheit ist zur Frage eines bestimmten Termins geworden. Der Standpunkt, die innerparteiliche Demokratie zu wahren, ist verlassen worden. Die Frage, daß nur ein Reichsparteitag in einem einheitlichen Reich über die Vereinigung entscheiden kann, ist beiseite geschoben worden. Die Funktionärversammlung in Berlin hat mit großer Mehrheit das Aktionsprogramm abgelehnt und beschlossen, eine Urabstimmung durchzuführen.

Was erleben wir da für eine innerparteiliche Demokratie? In der Parteipresse in Berlin kommen nur noch Befürworter und keine Gegner der Verschmelzung mit der KPD zu Wort. Ist das innerparteiliche Demokratie?

Der Genosse Schumacher, der doch Mitglied der SPD ist, wollte in Berlin vor den Funktionären sprechen. Es ist ihm aber verweigert worden, denn in Berlin dürfen nur noch die reden, die für die Verschmelzung eintreten.

Ich lese am 26. 2. 1946 im liberalen „Manchester Guardian":

„Führer und auch gewöhnliche Parteimitglieder der SPD in der russischen Zone sind äußerem Druck unterworfen worden, damit sie die Forderungen der Kommunisten unterstützen. Dieser Zwang bestand in Drohung und Einschüchterungen, in Zwangsumquartierungen und in Verhaftungen. Die Begleitumstände ähnelten sehr denen der Gestapozeit. Leute verschwinden einfach. Die Beschuldigten hören keine greifbaren Anklagen. Ihre Verwandten hören nichts über ihr Befinden oder ihren Aufenthalt. Die Kommunisten sind fast überall im Besitz der lokalen Mitgliederlisten und also in der Lage, die Haltung jedes Einzelmitgliedes der SPD zu prüfen."

Und über weitere Unterstützungen der Parteieinheit durch die Behörden schreibt der „Manchester Guardian", der nie ein antirussisches Blatt war:

„Die von den Russen erlaubte Presse — das sind acht Tageszeitungen — gegen je eine englische, amerikanische und französische — wird scharf zensiert und darf keinerlei ungünstigen Kommentar über die vorgeschlagene Einheitspartei bringen. Die Botschaft der

Labour-Party an die deutschen Sozialdemokraten wurde nicht veröffentlicht mit Ausnahme der englischen und amerikanischen Zeitungen. Die englische und amerikanische Presse wird in der Russenzone illegal verkauft."

Wir haben in Frankfurt, Offenbach und Kassel zu der Frage Stellung genommen, und ich bin der festen Überzeugung, daß wir den Standpunkt, den wir in drei Konferenzen eingenommen haben, auch heute einnehmen werden.

Wenn uns von der KPD gesagt wird, Rußland sei das Vaterland der Werktätigen, so sagen wir: Für uns gibt es kein fiktives Vaterland der Werktätigen, sondern **für uns als Sozialdemokratische Partei in der Westzone gibt es die deutsche Heimat, die wir als staatliches, nationales und wirtschaftliches Ganzes zusammenhalten und in die europäische Gemeinschaft eingliedern wollen. Ohne die Sozialdemokratie gibt es kein einheitliches deutsches Reich. Ohne die Sozialdemokratie aber auch keine freie deutsche Arbeiterbewegung.**

Ich will nur ein Beispiel bringen, das ich in einer Versammlung einem kommunistischen Diskussionsredner vorgehalten habe. Ich stellte folgende Fragen:

Wieviel Parteien gibt es in Rußland? Eine, die KPD!

Wieviel Parteien hat es in Nazideutschland gegeben? Eine, die NSDAP!

Gibt es in Rußland eine Opposition oder wird sie geduldet? Nein!

Gab es in Deutschland eine Opposition und wurde sie geduldet? Nein!

Hat die Arbeiterschaft in Rußland ein Streikrecht? Nein!

Hat die Arbeiterschaft unter der Naziherrschaft ein Streikrecht gehabt? Nein!

Diese Fragen genügen, um Klärung zu schaffen für die Situation, in die wir uns begeben sollen.

Die Soldaten des Ostfeldzuges und die Flüchtlinge aus dem Osten haben zuviel gesehen und würden es nicht begreifen, wenn wir uns mit einer Politik belasten würden, die von ihnen restlos abgelehnt wird.

Für uns erhebt sich die Frage: Sollen wir diese Kreise von uns abstoßen? Ich glaube, die Jugend insbesondere würde es nicht verstehen, wenn sich die deutsche Sozialdemokratie mit einer solchen Politik belasten würde.

Rußland treibt eine reine nationale Politik ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeiterklasse anderer Länder.

Diesem Ziel dient auch das Bestreben, um Rußland herum eine Reihe von abhängigen Staaten als Gürtel zu legen. Was soll mit der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Arbeiterklasse geschehen? Sie sollen gelöst werden aus dem Rahmen ihres internationalen Denkens und Handelns mit allen Staaten und Arbeiterklassen der Welt. Deutschland soll in diesen Gürtel einbezogen werden, vorausgesetzt, daß die Sozialdemokratie im Westen diese einseitige pro-russische Politik mitmachen würde. Sie soll für die egoistischen und imperialistischen Ziele der Russen Handlangerdienste leisten und herausgeholt werden aus der westlichen Zone, um die Politik der östlichen Zone zu vertreten. Dagegen wehren wir uns und sind der Auffassung, daß die KPD in Deutschland sowieso überflüssig ist, denn mit dem Zusammenbruch der Diktatur der Nazis ist die Idee und die Praxis jeder Diktatur zusammengebrochen, so daß sie im deutschen Parteiensystem keinen Platz mehr hat. Sie wird lediglich als Exponent einer fremden Macht, aber nicht als Ausdruck deutschen Volkswillens empfunden. Wir sind der Meinung, daß die KPD keine deutsche Klassenpartei, sondern höchstens eine fremde Staatspartei ist. Wir haben als Sozialdemokraten die Verantwortung für die deutsche Arbeiterschaft und sind der Meinung, daß wir eifersüchtig darüber zu wachen haben, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht zum Faktor einer fremden Außenpolitik wird.

Laut und deutlich sage ich: **Die deutsche Sozialdemokratie ist weder russisch noch englisch, weder amerikanisch noch französisch, die deutsche Sozialdemokratie ist die Vertreterin der deutschen Arbeiterklasse, ihrer Freiheit und Rechte, und damit auch die Vertreterin des deutschen Volkes.** (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Wir wollen als deutsche Sozialdemokraten mit allen Völkern in Frieden leben und uns nicht ausrichten nach einer Siegermacht. Die deutsche Sozialdemokratie muß unabhängig und frei sein gegenüber jeder Macht.

Wir wollen aufrechte Kämpfer für den Sozialismus und die Befreiung der Menschheit von Not und Elend sein. Wir lehnen aber auch jede Unterwürfigkeit unter ein System ab, das uns innerlich widerstrebt. Die Sozialdemokratie ist heute national und international ein politischer Faktor von höchster Bedeutung. Wir wollen nicht, daß die Welt in zwei Interessensphären aufgeteilt wird. Es ist unser Wunsch, daß die Großmächte sich gegenseitig vertrauen, weil nur deren Einheit allein den Weltfrieden garantiert.

Damit ist die Frage der Verschmelzung nicht nur ein nationales, sondern im höchsten Maße ein internationales Problem. Von dem Bestand einer deutschen Sozialdemokratie hängt der demokratische Aufbau Deutschlands ab. Ohne Sozialdemokratie kein Friede, keine Freiheit und keine Menschlichkeit. Ich glaube, auch die westlichen Demokratien und das große demokratische Land der Vereinigten Staaten von Amerika sind an der Entwicklung einer wahren Demokratie in Deutschland auf das stärkste interessiert.

Ich möchte meine Betrachtungen schließen. Wir, die wir zwölf Jahre lang gegen den Nationalsozialismus gekämpft, gelitten und unsere Besten geopfert haben, sind froh darüber, daß durch den Sieg der Alliierten der Nationalsozialismus in Deutschland beseitigt worden ist. Wir sind aber nicht bereit und wollen nicht stillschweigend dulden oder gar durch unsere Mithilfe die Hand dazu bieten, daß auf Umwegen eine neue Unfreiheit über das deutsche Volk gebracht wird. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Wir stehen vor einer geschichtlichen Entscheidung. Wir müssen so entscheiden, daß wir auch vor der Geschichte bestehen können. Ich glaube, daß die Entscheidung niemanden schwer fallen wird. Ich bin überzeugt, daß für jeden einzelnen diese Entscheidung nur lautet:

Es lebe

die alte deutsche

Sozialdemokratie!

(Lebhafter, anhaltender Beifall!)

Verlag: M. Zahnwetzer, Kassel-Sandershausen, Licenc US-W 1022
Druck: Hessische Nachrichten Kassel